

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 354

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: 4½ Hüll- und Portos monatlich Mh. 1,50, vierteljährlich Mh. 4,50 (incl. Porto).
Durch die Post monatlich Mh. 1,60, vierteljährlich Mh. 4,75 außer Porto.

Geschäftsstelle Halle-Neue: Kaiserjäger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7601.
Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 23. Juli

Anzeigenpreis:

Die Zeitg. 38 mm breite Mann-Größen 20 A. Die Sperr. 90 mm breite
Mann-Größen 20 A. — Anzeigen nach Carl. Verlagsanstalt Halle-Neue.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Am. Kurieren Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags- und Druck- von Otto Thiele, Halle-Neue

Neueste Tagesnachrichten

- * In der Nationalversammlung wird die zweite Lesung der Verfassungsvorlage beendet.
- * In Wiesbaden verhandelt man mit einem neuen Gutachten für die rheinische Republik.
- * Der Kohlenstreik in England hat einen sehr ernsten Charakter angenommen.
- * In den Vereinigten Staaten dehnt sich die Streikbewegung immer mehr aus.
- * Der polnische Ministerpräsident, die Delegation des Gesamtkabinetts zu überreichen.
- * Die Regierung Bela Kuhons soll gestürzt und durch ein Triumvirat ersetzt werden sein.

Lebensdauer der Nationalversammlung

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)
Eine aus Weimar kommende Mitteilung will wissen, daß im Januar 1920 Wahlen zum deutschen Reichstage stattfinden sollen und damit also die Nationalversammlung ihr Dasein beschließen werde. Die Meldung ist in dieser Hinsicht unzutreffend. Wichtig ist an ihr nur, daß im Ministerium der Nationalversammlung die Frage der Neuwahlen erörtert wurde und dabei die Meinung zum Ausdruck kam, daß die Tätigkeit der Nationalversammlung mit dem Ende dieses Jahres erledigt sein werde, so daß zu Beginn des kommenden Jahres Neuwahlen stattfinden könnten, wobei jedoch ausdrücklich betont sei, daß es sich nur um eine Mitteilung, nicht aber um einen Beschluß oder auch nur um eine festgelegte Anschauung handele. In Wahrheit ist unterdessen der Nationalversammlung so viel neues gesetzgeberisches Material zugegangen, und es ist ihr noch so viel weiteres in Aussicht gestellt worden, daß es unmöglich ist, am nächsten Monat die Parlamentarier einzutreten werden, an Arbeitsmaterial bis weit in das nächste Jahr hinein sicherlich nicht fehlen würde. Ist es doch überhaupt nicht zu leugnen, daß die Nationalversammlung ihren Charakter als konstituierende Versammlung immer mehr verloren hat und zum großen Teil bereits eine legislative Arbeit verrichtet, für die eigentlich der normale Reichstag zuständig wäre. Denn wenn auch die Wahlen feierlicher nur für die verfassunggebende Nationalversammlung ausgeschrieben wurden, so haben doch die nicht abgewiesenen Staatsnotwendigkeiten die Praxis so gestaltet, daß das Weimarer Parlament zum Teil als Reichstagsersatz fungieren mußte.

Trotzdem ist es selbstverständlich und darüber besteht Einmütigkeit, daß die Nationalversammlung nicht etwa den Reichstag infolgedessen ersetzen soll, daß sie für die Dauer der für den Reichstag vorgesehenen Legislaturperiode, nämlich fünf Jahre, in Tätigkeit bleibt. Regierung und Parlament sind einzig darüber, daß das konstituierende Parlament gehen soll, wenn es die dringlichste gesetzgeberische Arbeit vollbracht hat, und nur über den Zeitpunkt herrschen Meinungsverschiedenheiten. Die den Parteien der Rechten und auf der äußersten Linken ist man für baldige Ansetzung von Neuwahlen, während die beiden Regierungsparteien, Mehrheitssozialisten und Zentrum, und auch die Demokraten mit wenigen Ausnahmen der Meinung sind, daß angesichts der uns ohnehin beschließenden, nicht abzusehenden inneren Kämpfe ein Wahlfeldkampf sehr unrentabel wäre, da er naturgemäß die außerordentlich starke Spannung noch vermehren müßte. Zu diesen allgemeinen Gründen, die gegen eine baldige Verabschiedung der Nationalversammlung sprechen, treten noch besondere Schwierigkeiten, welche die Ausführung jener Absicht sehr erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Die Voraussetzung von Neuwahlen würde die Schaffung eines Wahlgesezes sein, durch welches die Zahl der Mandate und die Einteilung der Wahlkreise festgelegt wird. Das ist aber wohl nicht gut durchzuführen, bevor der künftige Umfang des Reichsgebietes endgültig festgelegt ist, was aber erst der Fall sein wird, nachdem die im Friedensvertrag von Versailles für einzelne Teile des Reiches vorgesehene Volksabstimmungen stattgefunden haben. Selbst-

verständlich kann hierbei nicht das Saargebiet in Frage kommen, das für die Dauer von 15 Jahren dem Deutschen Reich abgetrennt ist und dessen Schicksal sich erst dann entscheidet. Wohl aber gilt dies für die kritischen Gebiete im Osten, welche von den Alliierten bis zur erfolgten Volksabstimmung gleichsam als neutral angesehen werden und in denen sie zweifellos die Abhaltung von Wahlen zum Deutschen Reichstage verbieten würden.
Da beispielsweise für die Volksabstimmung in Obersachsen eine Verfristung von 6 bis 18 Monaten nach der Übernahme der Verwaltung durch die von den Alliierten dazu bestimmte Kommission vorgezogen ist, kann mithin, je nachdem, ob die Alliierten sich mit der Abstimmung einverstanden oder sie verzögern, noch geraume Zeit bis zur Abhaltung ungemachter Reichstagswahlen vergehen. Daß die unseren direkten Einfluß während der Zeit der Abstimmung im wesentlichen entzogenen Gebiete trotzdem in der Nationalversammlung zunächst weiter vertreten bleiben, können wir im Gegenstand zu der von einigen Seiten vertretenen Anschauung nicht als einen Mißstand, sondern vielmehr als durchaus wünschenswert erachten. Wir glauben, daß die im vorstehenden dargelegte Auffassung für die Stellungnahme des Reichskabinetts zu dieser Frage entscheidend sein wird, so daß also nicht sobald mit einer Verabschiedung der Nationalversammlung und der Ausfertigung von Neuwahlen zum Deutschen Reichstage zu rechnen ist.

Oesterreichs Frieden unannehmbar

Verfaßtes, 22. Juli.
Staatskanzler Renner hat gestern nachmittags Saint-Germain verlassen, um sich nach Feldkirch zu begeben. Er trifft dort mit dem Staatssekretär Bauer zusammen. Staatskanzler Renner wird Sonntag wieder in Saint-Germain eintreffen. Vor seiner Abreise erklärte er einem Vertreter der Radio-Agentur, der Vertrag sei unannehmbar. Deutschland habe man hart behandelt, die Oesterreicher aber werden doppelt und dreifach getroffen. Deutschland verliere zwei Fünftel seiner Bevölkerung und in wirtschaftlicher Beziehung auch neunteil seiner Erwerbsquellen.

Triumvirat in Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Rotterdam, 22. Juli.
Paris wird gemeldet: Eine aus Budapest hier eingetragene Nachricht lautet, daß die Regierung Bela Kuhons gestürzt und durch ein Triumvirat ersetzt worden sei. Die Namen der neuen Männer sind noch nicht genannt. Bela Kuhon soll nach Wien geflüchtet sein. Obwohl die Nachricht nicht bestätigt ist, glaubt man in Paris doch, daß der Sturz durch die Aufzählung der roten Armeen veranlaßt werden ist.

Die Kaiserfrage

Rotterdam, 22. Juli.
Der Londoner Berichterstatter des „Newen Rotterdamische Courant“ meldet, er erlaube von möglicher Seite, daß die Lage in der Kaiserfrage sehr folgende ist: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Frage nicht fallen lassen können, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bilden, den sie unterzeichnet haben, und zu dessen Durchführung sie verpflichtet sind. Es ist deshalb möglich, darüber zu debattieren, ob es richtig oder falsch war, diese Bedingungen in den Vertrag aufzunehmen. Es wird von manchen behauptet, daß der Prozeß nicht in London stattfinden sollte. Holland wird nicht erzwungen werden, den Kaiser auszuliefern, sondern die Alliierten werden die holländische Regierung um seine Uebergabe (overgave) bitten. Sie sind der Ansicht, daß Holland dann keine Bedenken gegen die Auslieferung fassen lassen wird.

Die Rheinrepublik spukt wieder

Frankfurt a. M., 22. Juli.
Aus Wiesbaden wird gemeldet: Man rechnet hier mit einem neuen Aufstoß für die rheinische Republik. Seit Samstag ist die telegraphische Verbindung bis auf Handelsstörgründe gelinert. Dazwischen hat sich eine Leibgarde von 30 Mann geschaffen, die auf hundert erhöht werden soll. Ober Pfineu erkläre den Wiesbadener Polizeipräsidenten, die Leibgarde in die Schutzmannschaft einzurufen. Dieser hat sich der Polizeipräsident geweigert, dies zu tun. Die Ein- und Ausreiseverhältnisse sind nicht in außerordentlichen Fällen gegeben. Sie ist in den letzten Tagen sehr rigoros gehandhabt worden. Man behauptet, daß Obermeister Regierungsrat Dreger verhaftet worden ist, um Dr. Koster Weg zu machen. Dr. Koster war auch benachteiligt, der die Transparenz auf Droge aufmerksam gemacht hatte, bei dem Schriftstücken gefunden wurden, auf Grund deren Dr. Sprengorn in ein Gefängnis wanderte. Die Schrift Dr. Koster's ist in einer Auflage von einer Million Exemplaren gedruckt worden. Man freut sich, daß die zur Fertigstellung der Schrift notwendige Summe kommt.

Der Streik in Amerika

Eigene Drahtmeldung der „S.“
Aachen, 22. Juli.
Die Vereinigten Staaten leiden unter einer immer mehr zunehmenden Ausdehnung der Streikbewegung. Die „Times“ melden, daß im Hafen von New-York 500 Dampfer stillliegen, da die Seiger und Maschinen wegen zehnprozentiger Lohnerhöhung streiken. Auch in anderen Wasserstraßen liegen weitere 700 Schiffe still. Die Demannung hat dort aus dem gleichen Grunde die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden betrafft sich ununterbrochen. In Chicago streiken 80 000 Arbeiter. Auch in Boston gibt es.

Der Kohlenstreik in England

Amsterdam, 22. Juli.
Der Londoner Berichterstatter des „Telegraf“ berichtet, daß der Kohlenstreik in Yorkshire dadurch, daß 50 000 Arbeiter, die mit Pumpen und anderen allgemeinen Eisenerzeugnissen beschäftigt waren, die Arbeit niedergelegt haben, einen sehr ernstlichen Charakter angenommen hat. In Sheffield besteht die Gefahr, daß die Stahl- und Maschinenfabriken den Arbeitern infolge der Kohlennot schon jetzt ohne Arbeit. Die Führer der Bergarbeiter beurteilen die Lage als ernst. Es müßte und andere Mitglieder der Leitung des Bergarbeiterverbandes werden heute in London erwartet. Gedrags ist nach Yorkshire abgereist. Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Sheffield, daß eine in Süd-Yorkshire eingeleitete Untersuchung ergeben habe, daß bereits drei Schachanlagen mit Wasser vollgelaufen sind. In anderen Bergwerken strömen große Wassermengen ein. Die Beamten der Bergwerke trachten die Pumpen in Gang zu halten. Man befürchtet, daß heute auch die letzten Maschinen die Arbeit niedergelegen werden, wodurch die Ventilation in Frage gestellt und die Wiedereröffnung des Betriebes erschwert werden würde. Ein Bergwerksbesitzer sprach die Befürchtung aus, daß die Gruben, wenn die Ueberflutung einen großen Umfang annehme, ganz geschlossen bleiben werden.

Die kritische Lage des englischen Kohlenbergbaues hat sich trotz des Entgegenkommens der Regierung in der Frage der Verstaatlichung der Kohlenminen, die im Bericht des mit der Verstaatlichungsvorlage beauftragten Ministers Canby an das Parlament gefordert, von den Konferenzen aber scharf bekämpft wurde, zusehends verschlechtert. Die radikalen Agitatoren fanden unter den über die Verstaatlichung der Verstaatlichung, die teuren Lebensmittelpreise, den zögernden Gang der Demobilisierung, die Einmischung in Russland u. a. empörten Bergarbeitern einen besonders aufnahmefähigen Boden für ihre kommunistischen Ideale. Weiter aber wuchs die Enttäufung der Bergarbeiter, als ihnen von seiten der Regierung und der Gegner der Verstaatlichung die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenpreise zugeschoben wurde, trotzdem ihre Führer diese Maßnahme als unflug und unnützlich erklärt haben. Die Haltung der Regierung ist jedenfalls nicht eindeutig und hat den Anschein erweckt, sie hinterziehe die bezüglich der Kohlenminenverstaatlichung gemachten Zugeständnisse und verjude die öffentliche Meinung durch eine bewußt entstellte Deutung der Haltung der Arbeiter in der Frage der Kohlenpreiserhöhung gegen diese einzunehmen. Diese Zustände muß man sich gegenwärtig halten, um die Veräufierung der Grubenarbeiter und den Einfluß der bolschewistischen Werberarbeit unter ihnen zu verhindern.
Donar Law machte, einer Neumeldung zufolge, dem Unterhaus Mitteilung von der neuen Weigerung des Bergarbeiterverbandes, das Angebot der Regierung anzunehmen. Er erklärte, die Erhöhung der Kohlenpreise um sechs Schilling für die Tonne werde am 21. Juli in Kraft treten.

In Norwegen

Der streikende Streik ist in Norwegen ruhig verlaufen. Nur aus Stavanger wird gemeldet, daß dort ein bolschewistischer Agitator äußerst heftig aufgetreten ist. Er hatte viele Anhänger die Eisenbahnstation besetzen, um den Verkehr zu hindern. Mit ausgefallener Bahne stellten sich die roten Boten die Lokomotiven und hinderten die Züge am Weitergehen.

In Italien

Eugano, 22. Juli.
Die beiden Streikflüge sind in ganz Italien ziemlich ruhig verlaufen. Weder Eisenbahn, noch Post und Telegraphenamt haben bolschewistische gestreift. Der Verkehr wurde, trotzdem 13 000 Arbeiter der Bahn streikten, aufrecht erhalten. In Rom und Neapel fanden patriotische Kundgebungen statt, bei denen immer wieder geschrien wurde: Nieder mit Lenin, nieder mit dem Bolschewismus! In Neapel und Mittelitalien kam es doch zu ernstlichen Zwischenfällen, in Mailand zu demagogischem Zusammenstoß zwischen den Nationalisten und den Streikenden, in Parma zu großen Zusammen-

